



Alternativantrag

der Fraktionen von **CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP**

**zum Antrag der AfD Asylrecht nicht aushöhlen - "Spurwechsel" verhindern
(Drs. 19/897)**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten, sich auf Bundesebene in den Gesetzgebungsprozess zu einem Einwanderungsgesetz aktiv einzubringen und sich dafür einzusetzen, dass in dem künftigen Gesetz folgende Eckpunkte und Rahmenbedingungen berücksichtigt werden:

1. Das Einwanderungsgesetz dient dem Ziel, eine konkrete und kohärente Anwerbestrategie für ausländische Talente und Fachkräfte umzusetzen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, der in zahlreichen Branchen in Deutschland zunehmend besteht. Der Fachkräftebedarf einschließlich der konkreten Qualifikationsanforderungen und der Zuwanderungskontingente sind regelmäßig festzustellen und zu überprüfen.
2. Mit dem Einwanderungsgesetz soll die Grundlage für die Einwanderung von gut ausgebildeten Fachkräften nach Deutschland auf Dauer geschaffen werden.
3. Einen Einwanderungsantrag kann jede volljährige Person stellen, die nicht Deutscher oder EU-Ausländer ist und die im Einwanderungsgesetz geregelt

Voraussetzungen erfüllt. Für Schutzsuchende, die vor Inkrafttreten des Einwanderungsgesetzes in das Bundesgebiet eingereist sind, muss dabei ein Spurwechsel möglich sein, sofern die Kriterien für eine Einwanderung erfüllt sind.

Zu den Kriterien gehören neben der fachlichen Qualifikation insbesondere die Integrationsfähigkeit, die Sprachkenntnisse, das Lebensalter und die Prognose, dass Sozialleistungen perspektivisch nicht in Anspruch genommen werden müssen, z.B. durch Nachweis eines Arbeitsvertrages. Ziel ist es, qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern die Einwanderung zu ermöglichen, was über ein Punkteschema gewährleistet werden soll.

Begründung:

Um dem sich weiter verschärfenden Fachkräftemangel in Deutschland entgegenwirken zu können, brauchen wir ein Gesetz, das die Fachkräftezuwanderung steuert. Dabei ist streng zwischen Einwanderung einerseits und der Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen aus humanitären Gründen andererseits zu trennen.

Ein verständliches, praxistaugliches und transparentes Einwanderungsgesetz bietet Perspektiven und Chancen für Migrantinnen und Migranten und die Bundesrepublik Deutschland.

Barbara Ostmeier
und Fraktion

Aminata Touré
und Fraktion

Jan Marcus Rossa
und Fraktion